

Ausführungen zum Haushalt 2022 der Stadt Frankenthal.

Die GRÜNEN – offene Liste, Dr. Gerhard Bruder.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren aus der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer irgendwo im Internet.

Als ich vor ein paar Monaten darüber nachgedacht habe, dass ich ja wieder Kommentare zum Haushalt 2022 abzugeben habe, hatte ich eigentlich große Befürchtungen, dass dies kein besonders fröhlicher Anlass sein wird. Umso überraschter bin ich jetzt, wie gut wir durch diese Pandemie im Jahr 2021 gekommen sind und dass wir jetzt einen Haushalt vorlegen können, der sogar ein geringes Plus verzeichnet. In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich ganz zu Anfang meinen Respekt gegenüber der Verwaltung und dem Herrn Oberbürgermeister zum Ausdruck bringen. Es war sicherlich nicht einfach, quer durch alle Ressorts einen Haushalt zusammenzubasteln, der dieses Ergebnis hat und die Vorstellung, dass nicht alles machbar was wünschenswert ist, hier wohl einen sehr hohen Stellenwert hatte. Natürlich gibt es auch gerade im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung, also

die Zukunft sicherlich viele Unwägbarkeiten z. B. wie sich die Wirtschaft nach der Pandemie entwickeln wird und damit wie sich unsere Gewerbesteuer entwickeln wird, welche Entwicklung die Zinsen nehmen werden etc. Bereits jetzt zahlen wir mehr als 3 Millionen Zinsen. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite für Finanzierung von Investitionen liegt bei 9,5 Millionen. Dies alles, zusammen mit den bereits angelaufenen Schulden, sind Hypotheken für die Zukunft, die irgendwann einmal zurückbezahlt werden müssen. Wir hinterlassen somit den nach uns kommenden eine durchaus heftige Hypothek.

Allerdings muss ich auch wieder sagen, wenn wir dem Haushalt zustimmen werden, dass wir dies unter Protest tun. Der Protest richtet sich erneut gegen bestimmte Grundlagen der kommunalen Haushaltssituation, an denen wir nichts ändern können und die schuld sind, dass wir wohl niemals richtig aus diesem Dilemma herauskommen werden. Hierzu gehört in erster Linie der Sozialhaushalt, in dem alles Pflichtaufgaben sind, also Ausführung von Gesetzen von Land und Bund, die nur zu etwa 50% gedeckt sind. Wenn wir hier eine hundert prozentige Deckung hätten, könnten wir sicherlich das Rathaus mit Blattgold decken. Darüber hinaus ist auch die Frage, warum ausgerechnet in Rheinland Pfalz die am

meisten verschuldeten Städte der Bundesrepublik sich befinden, von großem Interesse. Hier ist offensichtlich etwas an der Gesamtstruktur in diesem Land nicht in Ordnung. Aber das ist eine Angelegenheit, die wir nicht auf kommunaler Ebene beeinflussen können, sondern die von Land und Bund in entsprechender Art und Weise korrigiert werden muss. Urteile sind gefällt, auf die Ausführungen kann man gespannt sein.

Ein weiteres Ärgernis ist jedes Jahr, ich muss es so deutlich sagen, der Einfluss der ADD. Ich weiß, auch diese Leute machen nur ihre Arbeit, sie müssen die Vorgaben, die von der Regierung kommen, umsetzen etc., etc.

Sie müssen dafür sorgen, dass die Kommune einen ausgeglichenen Haushalt hat auf Teufel komm raus. Als gelinde gesagt eine Provokation empfand ich deshalb die Ausführungen der ADD zur Genehmigung des letzten Haushaltes, als davon gesprochen wurde, wir sollen die „Standards“ reduzieren. Wenn ich nun in meinem kleinen Kommunalpolitikergehirn über Standards nachdenke und dies mit der Projektbestimmung in Wikipedia vergleiche, dann kommt dabei heraus, dass damit zum Beispiel Standards im Baubereich, im Straßenbereich, im allgemeinen Verwal-

tungsbereich etc. gemeint sind. Ich habe deshalb die ADD gebeten, hier einmal zu erläutern, an welchen Standards wir eigentlich sparen sollen. Es kam nun zu einem interessanten Gespräch mit der Vizepräsidentin Frau Herrmann. Hier muss ich feststellen, dass offensichtlich Interpretationen des Wortes Standard in verschiedenen Einrichtungen verschieden vorliegen. Es wurde uns als erstes ein Bericht des Rechnungshofes aus dem Jahr 2018 vorgelegt, in dem Haushaltsführung kritisiert worden ist. Erstaunlicherweise kam der Rechnungshof vorwiegend zu der Auffassung, dass an Dingen gespart werden solle, die soziale Auswirkungen haben. Zum Beispiel sollen in der Musikschule keine fest angestellten Musiklehrer mehr beschäftigt werden, sondern nur noch Honorarkräfte. Dies hat den Vorteil, dass man kein Krankengeld bezahlen muss, dass keine Urlaubstage anfallen, und dass man, wenn diese Menschen einmal das zeitliche segnen würden, noch nicht einmal einen Kranz stiften muss. Im sozialen Bereich wurden über zig Seiten hinweg Einzelpunkte aufgeführt, in denen die Verwaltung kleinere Fehler gemacht hat, die sich in vernachlässigbaren Beträgen ausgewirkt haben. Grundsätzliche Veränderungen wurden nicht dargestellt, vor allem wurde mit keinem Wort, auch später nicht von der ADD, darauf eingegangen, dass dies alles Pflichtaufgaben sind, die wir mit einem skandalösen

Deckungsgrad abzuarbeiten haben. Auch war die Diskussionsgrundlage mit Frau Herrmann insofern etwas einseitig, da klipp und klar dargestellt wurde, wenn wir die Grundsteuer A und B nicht erhöhen, der Haushalt nicht genehmigt wird, Punkt basta. Das ist Basta-Politik, die keine Diskussion zulässt. Etwas einsichtiger zeigte sich nach meiner Auffassung die Dame dann, als ihr vermittelt wurde, dass das ständige Herumnörgeln und Streichen an den sogenannten freiwilligen Leistungen in jeder Hinsicht für eine Stadt kontraproduktiv ist. Die freiwilligen Leistungen sind noch nicht einmal 10% unseres Haushaltes. Und was bedeutet freiwillige Leistungen? Das bedeutet nicht Geschenke an irgendjemanden zu verteilen, sondern es bedeutet Strukturen in einer Stadt am Leben zu erhalten, die entscheidend sind für die Identifikation der Bürger mit ihrer Kommune. Hierzu gehören kulturelle Angelegenheiten, Feste, Veranstaltungen, Bäder etc. Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler, aber in den Veranstaltungen, die wir früher im November abgehalten haben und entsprechende Fachleute sich zu diesem Thema geäußert haben, konnte ich mit großem Erstaunen feststellen, welche außerordentliche Bedeutung zum Beispiel für die Ansiedlung von mittelständischen Betrieben sogenannte weiche Faktoren haben. Jemand, der sich hier ansie-

delt, möchte für seine Kinder entsprechende Kindergärten, Schulen, er möchte eine funktionierende Infrastruktur, er möchte eine entsprechend schöne Innenstadt, er möchte ein entsprechendes Stadtumfeld für die Erholungsphasen, er möchte Schwimmbäder etc., etc. Selbstverständlich sind auch die harten Faktoren, wie Verkehrsanschluss, Digitalanschluss etc. von großer Bedeutung. Aber diese weichen Faktoren, wenn man die zurückfahren und völlig beschneiden würde, würde die Attraktivität einer Stadt und Identifikation ihrer Bürger mit ihr drastischen Schaden nehmen, was sich letztlich ja auch wieder negativ auswirkt auf die Wirtschaftsleistung einer Stadt und somit auf das Steueraufkommen etc. Hier war sie wohl etwas einsichtig, wenn sie selbstverständlich auch nicht völlig von ihrer Einstellung abgehen konnte. Auch die Vorstellung z. B. des Rechnungshofes im Reinigungswesen alles an Fremdfirmen zu vergeben und somit in der Regel an Firmen, die was die Lohnsituation angeht, nicht dafür bekannt sind, am oberen Rand sich zu bewegen und die ja oft äußerst prekäre Arbeitsverhältnisse anbieten, konnte bei ihr zumindest ein gewisses Verständnis erzielt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die ADD in Zukunft verhält und ob diese Gespräche vielleicht doch zu einer gewissen Einsicht geführt haben.

Ich will nicht bis zur Ermüdung an einzelnen Punkten des Haushaltes herumdiskutieren, dafür hatten wir Gelegenheit zum Beispiel im Haupt- und Finanzausschuss. Nur eine Sache möchte ich wirklich erwähnen, weil ich sie für so abstrus halte, dass sie eigentlich jedem bekannt sein muss. Dass als Ausfluss irgendwelcher Vorstellungen in irgendwelchen Gremien nun plötzlich bundesweit Brückengeländer um 20 cm erhöht werden müssen, damit kein Radfahrer darüber stürzt – ist mir im Übrigen nicht bekannt, dass dies jemals geschehen ist - . Diese Maßnahme würde alleine in Frankenthal über 800.000 Euro Kosten verursachen. So steht es im Haushalt. Wenn man dies auf die Bundesrepublik hochrechnet, werden das zig Milliarden sein. Man muss sich diese Zahl auf der Zunge zergehen lassen. Was hätte man mit diesem Geld Sinnvolles anstellen können. Und dies alles unter der Vorgabe Standards zurückzufahren und nur noch das Nötigste und Unabwendbarste durchzuführen. Irgendwie scheint manchen Leuten meines Erachtens der Sinn für die Realität abhandengekommen zu sein. Man könnte provokativ sagen, wenn irgendein Mensch im Beamtenstatus im Warmen in einer Einrichtung des Ministeriums sitzt und sich solche Dinge ausdenkt, ohne mal darüber nachzudenken, was er mit diesen Unsummen verursacht, welche anderen Dinge in einer Kommune nicht durchgeführt werden können, u.a.

auch im sozialen Bereich, dann frag ich mich wirklich, was in solchen Köpfen vorgeht.

Die Investitionen im Investitionshaushalt möchte ich nicht kritisieren. Dies sind vorwiegend Investitionen in die Zukunft, in Kindergärten und Schulen. Dies sind wird den nachfolgenden Generationen schuldig. Aber auch hier denke ich, dass Standards manchmal zu hinterfragen wären. Warum darf eine integrierte Gesamtschule nur noch mit Klimaanlage gebaut werden? Kann man nicht gelegentlich einmal das Fenster öffnen? Wahrscheinlich alle Älteren, die hier herumsitzen, haben ihre Schule und ihr Studium usw. auch ohne Klimaanlage geschafft. Es ist für uns aber völlig klar, dass alle öffentlichen Gebäude mit Solaranlagen bestückt werden müssen und z. B. auch die großflächigen Industrieanlagen und die großflächigen Parkplätze der Einkaufsmärkte.

Im Bereich Bauen und Planen müssen wir etwas umdenken. Angesichts des Personalmangels in der öffentlichen Verwaltung, vor allem in diesem Bereich, bin ich der Auffassung, dass wir in Zukunft vorsichtig sein müssen mit dem Herangehen an neue Vorhaben und Pläne. Wir müssen erst einmal die bereits angelaufenen, angedachten und geplanten Vorhaben zu Ende bringen, eh

wir wieder Neues aufnehmen. Wir müssen Wohnraum schaffen, das ist richtig. Es macht aber ein verheerendes Bild in der Bevölkerung, wenn überall angefangen wird und dann alles stockt und Monate oder gar Jahre lang es nicht vorangeht. Ich bin deshalb froh, dass wir es zumindest im Bereich Parkplatz KBA und hoffentlich auch bald auf dem Sternjakob-Gelände Fortschritte verzeichnen können und dann auch Baubeginn ansteht. Wir brauchen unbedingt neuen Wohnraum, in welcher Höhe, möchte ich etwas später diskutieren. Dass wir die 30%-Regel geförderten Wohnungsbau dafür immer einfordern, ist ein Beschluss des Rates und unabwendbar. Grundsätzlich möchte ich aber auch hierzu sagen, dass nicht immer die Verwaltung schuld daran ist, dass es nicht weitergeht. Wenn hinter meinem Garten Bagger auffahren würden, um dort ein neues Baugebiet zu errichten, wäre ich sicherlich auch nicht sonderlich erfreut. Andererseits gibt es in Frankenthal ja keine Bauplanung, ohne dass sich nicht sofort Bürgerinitiativen dagegen bilden. Es ist richtig – und ich möchte hier vor allem auch Pilgerpfad-Region erwähnen – dass die Politik und die Verwaltung die Anregungen der dort ansässigen Bürger aufnimmt, diskutiert, abwägt und eventuell ihre Pläne ändert, wenn Gesichtspunkte auftauchen, die aus einem anderen Blickwinkel kommen und bisher nicht beachtet wurden. Dies ist richtig

und entspricht demokratischem Standard. Allerdings kommt irgendwann einmal der Moment, wo deutlich gemacht werden muss, dass es individuelle Interessen gibt und Allgemeininteressen. Und diese müssen gegeneinander abgewogen werden. Und dann kommt der Moment, an dem die Politik entscheiden muss, wir hier im Rat entscheiden müssen, auch wenn wir dann es nicht allen recht machen können. Aber man wird nie von allen geliebt und es ist unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker, dann eine Entscheidung zu treffen. Und nur so können wir erreichen, dass entsprechende Maßnahmen erfolgen.

Ein Haushalt ist eine Bestandsaufnahme für ein Jahr, er ist mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden, da niemand alles in der Zukunft vorhersehen kann. Es gibt jedoch langfristige Probleme, die wir in den nächsten Jahren lösen müssen und mit denen wir umgehen müssen und die finde ich sind bei solchen Haushaltsberatungen mit im Vordergrund zu bedenken.

Wir leben in äußerst aufregenden Zeiten. Wir haben gleichzeitig drei entscheidende Veränderungen zu bewältigen, hierzu gehört die Energiewende mit dem Auslaufen der fossilen Energieträger.

Dazu gehört die Verkehrswende mit dem Auslaufen des Verbrennungsmotors. Dazu gehört die Veränderung der Wirtschaft auf dem Boden der Digitalisierung.

Alle drei Dinge sind dramatische Vorgänge, die tief in unsere Gesellschaft und in unser Dasein eingreifen werden und auch die gewohnten Bequemlichkeiten und Lebensstile von uns allen betreffen werden. Es wird entsprechende Verwerfungen geben. Früher habe ich immer gesagt es geht nur voran im Umweltschutz, wenn Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt werden.

Wenn ich heute die Äußerungen vieler Industriemanager in den Medien lese, dann komme ich zu der Auffassung, dass dieser Punkt bereits geschehen ist. Die Industrie hat erkannt, dass Veränderungen erforderlich sind, dass ein Weiter so vor allem im Energiebereich nicht möglich ist, um nicht die gesamte Grundlage unseres Wohlstandes im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu gefährden. Die Industrie erscheint mir bereit zu sein und auch investitionsbereit. Allerdings, und dass wird die Aufgabe der neuen Regierung sein, benötigt die Industrie Richtlinien, sie benötigt Leitplanken, sie benötigt verlässliche Vorgaben. Und diese müssen von der Politik kommen. Man kann nicht von einem Industrieunternehmen erwarten, dass es Milliarden investiert und

fünf Jahre später gesagt bekommt „so wars nicht gemeint oder es war nicht der richtige Weg“. Es muss jetzt festgelegt werden was erwartet wird, was getan werden muss, wo der Staat hilft und wo nicht. Und diese Leitplanken haben nichts mit Verbotspolitik oder staatlicher Gängelung zu tun, sondern ich würde fast so dramatisch sagen, die Industrie fordert dies und möchte dies unbedingt haben. Dies ist der eine Aspekt. Der andere Aspekt ist, und das sage ich jetzt immer, diese Wenden gelingen nur, wenn wir es fertig bringen, sie sozialverträglich zu gestalten. Denken Sie an die Einführung der Dampfmaschine vor was weiß ich wieviel Jahren. Welche sozialen Veränderungen und Probleme dies mit sich gebracht hat. Dies müssen wir versuchen, jetzt zu vermeiden. Es kann nicht sein, dass diese ganzen Maßnahmen sich so auswirken, dass die Leute mit wenig Geld sich besonders einschränken müssen und die, die pekuniär besser dastehen, sich einen Dreck drum kümmern und ihr Leben weiter wie bisher fortsetzen mit großen ökologischen Fußabdrücken. Dies darf nicht sein. Hier muss der Staat eingreifen, um soziale Verwerfungen auszugleichen. Wir können nicht ein Kohlekraftwerk schließen und den dort Beschäftigten mit ihren Familien und ihren Lebensplänen etc. zu sagen „ja wir haben einen anderen Job für euch in Ham-

burg und in München“, nein an Ort und Stelle muss ein entsprechender adäquater Ersatz gefunden werden. Nur so wird es gelingen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es keinen anderen Weg gibt, um die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels in den Griff zu bekommen und soziale Verwerfungen zu verhindern. Ich möchte nicht erleben, dass als Folge der Bemühungen zum Klimawandel die AfD letztlich dann 50% der Stimmen einfährt.

Sie werden entschuldigen und verstehen, dass man bei diesen Problemen, wenn man sie auf die Kommune herunterbricht, auch einmal in die weite politische Welt ausschweifen muss. Aber dieselben Regeln und Fragen werden sich auch in unserer Stadt stellen, zum Beispiel im Bereich Verkehr. Es ist nun mal so, dass sich die Zeit, in der das Auto immer Vorrang hatte, bei allen Planungen zuerst das Auto kam und dann lange nichts und dann erst andere Belange zu Ende geht. Ich gehöre nicht zur Fraktion derer, die behaupten, alle Autos raus aus der Innenstadt. Soweit gehe ich nicht. Aber diese Prämisse, dass das Auto immer Vorrang hat, wird nicht haltbar sein. Andere Verkehrsinteressen, wie Radfahrer, Fußgänger, ÖPNV etc. werden an Bedeutung zunehmen. Dies

wird auch für unsere Stadt so sein. Wir brauchen deshalb unbedingt schnell ein Verkehrskonzept in dem wir deutlich machen, wie wir die Entwicklung des Individualverkehrs in unserer Stadt sehen. Und dazu brauchen wir auch Mut, politischen Mut. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal abschweifen und auf Städte wie Paris oder Barcelona verweisen, die ganze Stadtviertel oder ganze Straßen für den Verkehr geschlossen haben. Die Welt ist dort nicht untergegangen, nein im Gegenteil, die Leute die dort leben und wohnen und die dort hinkommen, sind glücklich und freuen sich, Kinder spielen wieder auf der Straße, entsprechende Begrünungsmaßnahmen etc. waren möglich. Wir brauchen ein Verkehrskonzept. In diesem Zusammenhang möchte ich auch kurz – später komme ich ausführlicher darauf – auf den Umbau des Bahnhofsvorplatzes eingehen. Die Eisenbahnstraße ist eine wichtige Nord-Süd-Route. Wir müssen den Durchgangsverkehr dort weg bekommen, wenn wir nicht den Charakter des Platzes sowie wir ihn definiert haben, als kommunikativer Ort, als Eintrittsort, als Ort an dem alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind, wenn wir diese Vorstellungen nicht konterkarieren wollen. Zumindest hat man jetzt eingesehen, dass man die Geschwindigkeit auf Kilometer 20 oder 30 reduzieren muss.

Ich plädiere sogar für Schritttempo, so wie in unserer verkehrsberuhigten Zone, zu reduzieren und vor allem auch die dort geplante Straße nicht optisch als Straße darzustellen sondern insgesamt in den Platz zu integrieren. Fahre ich als Autofahrer auf einen Platz und sehe wieder eine Straße vor mir, bremst mich das nicht.

Fahre ich auf einen Platz an dem keine Straße optisch sichtbar wird, bin ich verunsichert und fahre automatisch langsamer. Dies habe nicht ich erfunden, das ist nun mal eine Tatsache. Wir werden darüber noch zu diskutieren haben.

Ein weiterer Gesichtspunkt der die Zukunft unserer Stadt maßgeblich beeinflussen wird, ist unsere Wohnungspolitik. Es wurde uns ja gesagt, dass wir so und so viel Wohneinheiten zu schaffen haben angesichts der demographischen Entwicklung, wobei ich alt genug bin um zu wissen, dass Prognosen über demographische Entwicklungen eine äußerst flexible Angelegenheit sein können. Wir müssen Wohnraum schaffen, aber nicht Einfamilienhäuschen neben Einfamilienhäuschen. Ich bin nicht der, der Einfamilienhäuser verbieten will, aber wir müssen auch angesichts der nicht vermehrbaren Ressource Boden auch zu Geschosswohnungsbau in einer vertretbaren Dimension kommen. Wir werden jetzt einen neuen Flächennutzungsplan aufstellen. Wir haben

hierzu schon Voruntersuchungen im Hinblick auf Gewerbestandorte und Wohnungsbau durchführen lassen. Prinzipiell und grundsätzlich müssen wir uns entscheiden: Wollen wir Wohnraum schaffen für unsere Bürger, für eine Bevölkerungsgröße etwa in der derzeitigen Größe oder wollen wir eine Schlafstadt für die teuren Städte Ludwigshafen und Mannheim werden. Sie werden verstehen, dass ich nicht für Letzteres plädiere. Wir sollten uns darauf beschränken angesichts unserer gesamten Situation, unserer Ressource Boden etc., dass wir Wohnraum schaffen so viel wie nötig, aber nicht Wohnraum als Ersatz für andere Städte. Bei dieser Wohnraumbeschaffung müssen wir auch die demographische Entwicklung bedenken. Es ist eine Tatsache, dass angesichts des demographischen Trends die meisten deutschen Städte einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen haben. Ich habe vorhin gesagt, dass alle Investitionen in Kinder und Jugendliche von mir bejaht werden. Wir dürfen darüber jedoch nicht ignorieren, dass unsere Bevölkerung älter wird. Wir müssen unsere Pläne auch an die alternde Bevölkerung anpassen. Diese demographische Veränderung bezieht sich jetzt nicht nur auf bauliche Maßnahmen oder infrastrukturelle Maßnahmen, sondern dies wird sich auch auf

die soziale Struktur unserer Stadt und zu einer weiteren Belastung kommunalen Finanzsysteme führen. Wir haben also einen hohen Gestaltungsbedarf in vielfacher Hinsicht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf die soziale Situation unserer Stadt kommen. Der Sozialhaushalt ist neben dem Personalhaushalt der größte Teilhaushalt. Im Teilhaushalt 6 soziale Hilfen und im Teilhaushalt 7 Kinder, Jugend und Familie haben wir ein Defizit von etwa 40 Millionen. Es handelt sich dabei durchgehend um Pflichtaufgaben, ich möchte dies noch einmal betonen. Angesichts der demographischen Entwicklung werden Gelder zum Beispiel bei der Hilfe zur Pflege, die bereits selbst fast 2 Millionen betragen, zunehmen. Angesichts der Arbeitswelt, in der immer mehr Minijobs, Halbtagsjobs etc. überhand nehmen, wird die Zahl derjenigen Älteren, die später auf Hilfen angewiesen sind bei ihrem Lebensunterhalt oder die nicht genügend Mittel von der Pflegeversicherung bekommen, zunehmen. Auch die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden nicht abnehmen. Die Leistungen zur sozialen Teilhabe, die bereits jetzt ein Defizit von 6 Millionen beinhalten, werden nicht abnehmen. Die Kosten für SGB II, die wir neben den Leistungen des Jobcenters erbringen müssen, nehmen erfahrungsgemäß auch nicht ab,

wenn ich mir die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Frankenthal ansehe. Angesichts der Tatsache, dass durch die demographische Entwicklung die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen entsprechende Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, langfristig schrumpfen wird, wird der Anteil derer, die auf diese staatlichen Leistungen angewiesen sind, zum Beispiel Grundsicherung im Alter, steigen. Wenn sich hier nichts ändert, wird dies zu einer zusätzlichen weiteren Belastung der kommunalen Finanzen führen. Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich werde niemals dafür sprechen, Leistungen im sozialen Bereich zu reduzieren. Ich denke nur, es wäre menschlicher als auch ökonomisch und volkswirtschaftlich sinnvoller und richtiger, für Beschäftigungsverhältnisse zu sorgen, die es den Menschen ermöglichen, so viel an Steuern und Sozialleistungen zu erwirtschaften, dass sie im Alter nicht auf staatliche Hilfen angewiesen sind. Die Erhöhung des Mindestlohns, die jetzt beschlossen wurde, ist ein erster, aber nicht völlig ausreichender Schritt. Aber ich denke es ist ja volkswirtschaftlich egal und menschlich wesentlich besser, wenn wir beim Frisör etwas mehr bezahlen müssen, weil dort ein anständiger Mindestlohn bezahlt wird und stattdessen hinterher nicht über unsere Steuern Grundsicherung dieser Menschen finanzieren müssen.

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt, über den wir uns klar werden müssen, ist die Entwicklung unserer Innenstadt. Wir haben im Rahmen des entsprechenden Programms jetzt einiges auf den Weg gebracht, wobei ich vor allem hier Bezug nehmen will auf das Museum und auf den Bahnhofsvorplatz. Darüber dürfen wir jedoch nicht die Innenstadt vergessen. Wir leben in einer Zeit des Wandels, auch was das Einkaufsverhalten der Menschen angeht. Dazu braucht man keine dicken Bücher zu lesen, dazu braucht man nur mit offenen Augen über die Straßen zu gehen, wo an jeder Ecke ein Amazon- oder ein DHL-Wagen parkt und der Fahrer entsprechende Pakete in die Wohnungen schleppt. Es ist bequem geworden, zu Hause vom Kaffeetisch aus Dinge zu bestellen, die dann geliefert werden. Das Ergebnis ist nur, dass die inhabergeführten Geschäfte in unserer Innenstadt auszuhungern drohen. Die Menschen gehen heute nicht mehr in die Innenstadt um einen Einkaufszettel abzuhaken, sondern das Einkaufen und der Gang in eine Innenstadt hat sich fundamental verändert. Dies habe nicht ich erfunden, das können Sie überall auch in der Veröffentlichung des Deutschen Städtetags nachlesen. Einkaufen wird zunehmend Eventcharakter bekommen. Man geht in die Stadt, die Innenstadt muss schön sein, mit schön meine ich ganz

simpel schöne Sitzgelegenheiten, schönes Pflaster, ansehnliche Gebäude, es muss etwas los sein, damit meine ich Märkte, Veranstaltungen, Konzerte, es muss die Möglichkeit gegeben sein, in großzügiger Außengastronomie zu essen, die Kinder müssen herumspringen können, es muss irgendwo Wasser plätschern, attraktives Grün sorgt für angenehme Atmosphäre. Wir müssen unsere Innenstadt zumindest neu möblieren, wir müssen sie begrünen mit Bäumen oder Hausbegrünung, wir müssen sie für die Zukunft aufrüsten und fit machen. Dies dürfen wir nicht irgendwann im nächsten Jahrzehnt machen, dies muss jetzt geschehen, jetzt und ad hoc, denn wir haben in dieser Hinsicht wenig Zeit.

Als letztes möchte ich noch auf die Umweltsituation und den Klimawandel eingehen, an dem wir als Kommune Frankenthal nicht vorbeikommen. Natürlich werden wir die Welt nicht grundlegend verändern durch unsere Taten in Frankenthal. Aber viele Tropfen ergeben schließlich auch einen See. Wir müssen uns angewöhnen und wir haben ja schon angefangen – möchte ich ehrlicherweise sagen – uns zu überlegen, was für Auswirkungen unser Planen und Tun hat. Wir müssen im Bereich Verkehr und Bauen nachhaltig denken, wir müssen die Auswirkungen dieses Tuns

auf die Zukunft und auf den Klimawandel bedenken und berücksichtigen. Sicher am einfachsten und billigsten wird es sein, wenn wir zum Beispiel unter dem Stichwort Bäume und Begrünung entsprechend vorangehen. Teurer wird es, wenn wir z. B. im Baubereich Alternativmaßnahmen in Angriff nehmen würden. Wir dürfen nicht immer nur Bekennerreden schwingen, sondern wir müssen auch entsprechend handeln. Zumindest bei einer Sache habe ich den Eindruck, dass wir uns hier verhalten wie es aus einem Zitat von Herrn Seehofer zu entnehmen ist, der gesagt hat: Die Hütte ist für den Hund.

Und das was wir im Frankenthaler Stadtrat im Hinblick auf Bäume und Grün sagen, ist für die Katz.

Dies möchte ich nicht verallgemeinern, aber ich möchte es auf die Baumaßnahme im Zusammenhang mit dem neuen Kindergarten in Mörsch anwenden. Wir haben dort eine Reihe vitaler, im besten Alter sich befindlicher Linden. Wir haben einen Bebauungsplan, in dem es durchaus Alternativen gibt, diese Lindenallee zu erhalten. Wir haben entsprechende Umweltgutachten in denen steht, dass eine Beeinträchtigung der Umwelt dann vermieden werden kann, wenn diese Lindenallee erhalten wird. Im Bebauungsplan stehen dann aber so Sätze wie „langfristig sind diese Bäume nicht zu erhalten“, als hätte dieser Mensch, der das geschrieben

hat, jetzt plötzlich erkannt, dass alles nur endlich ist und nichts unendlich und es steht drin, dass schon die Wurzeln auf die Nachbargrundstücke übergreifen hätten. Wir haben uns die Mühe gemacht, jedes einzelne Nachbargrundstück dort zu begehen und uns anzuschauen, wir haben nirgendwo gravierende Schäden durch Lindenwurzeln entdeckt. Darüber hinaus war wohl der entscheidende Moment, dass eine Straße durch dieses Baugebiet um 50 cm breiter gemacht werden soll und das Abflusswasser dieser Straße dann zu den Bäumen fließen und dort versickern soll. Dort wird dann die abstruse Behauptung aufgestellt, dass eine Verwässerung und eine Überwässerung der Linden zu erwarten sei. Als ob plötzlich mehr Wasser vom Himmel fallen würde, wenn hier dieses Baugebiet errichtet wird. All diese Argumente sind abstrus, an den Haaren herbeigezogen und teilweise in keiner Weise nachvollziehbar. Es stellt sich auch die Frage, warum man entsprechende Umweltgutachten in Auftrag gibt und hinterher die Ratschläge und Ansprüche, die dort erhoben werden, nicht befolgt. Man kann aus Gutachten nicht einfach das Herauslesen, was einem passt, einmal hü, einmal hott, so wird kein Vertrauen geschaffen. Selbstverständlich wird gesagt wir brauchen Nachpflanzungen, das ist alles richtig. Nur, vielleicht haben diese Planer, die das entschieden haben, vielleicht auch schon

mal den Satz gehört der nicht von mir erfunden wurde sondern von vielen Leuten die sich auskennen inzwischen gesagt wird: „Wir haben keine Zeit mehr, wir müssen jetzt handeln, wir können das nicht auf irgendwann verschieben. Wenn wir jetzt Bäume nachpflanzen, brauchen sie 40 Jahre, bis sie den Zustand der jetzigen Linden erreicht haben. 40 Jahre, wir haben diese Zeit nicht mehr. Ich fordere deshalb hier noch einmal auch alle hier im Rat, die die Hand für dieses Bauprojekt in der derzeitigen Form gehoben haben, noch einmal in sich zu gehen und bei dem finalen Beschluss sich anders zu entscheiden.

Ich habe viel angerissen, es fällt mir schwer, dies videokonferenzmäßig zu machen, in einen Bildschirm hinein zu sprechen ohne Interaktion mit Zuhörern zu treten. Ein Vortrag lebt meines Erachtens nun einmal auch durch die Interaktion, durch Zwischenrufe auf die man eingehen kann etc.

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich aus diesem Grund etwas langweilig gewirkt habe.

Ich möchte mich allerdings auch heute, am Jahresende, bei allen bedanken, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement dazu beigetragen haben, dass es uns in unserer Stadt gut geht, dass wir hier

gerne leben und dass wir eine Zukunft für unsere Stadt offen halten. Ganz besonders möchte ich mich auch bedanken bei Herrn Zobel und Frau Nietsche, die uns öfters durch Zusatztermine geholfen haben, in diesem Dschungel der Zahlen uns zurecht zu finden.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest, einen guten Neuanfang im nächsten Jahr, Gesundheit und Wohlergehen für das Jahr 2022. Dass alle Ihre Wünsche in Erfüllung gehen sollen. Und bedenken Sie, es liegt an uns mutig zu sein und Entscheidungen auf der Grundlage der Berichte, z. B. des Weltklimarates zu treffen. Noch können wir die schlimmsten Folgen vermeiden. Aber nicht wenn wir so weitermachen wie bisher und nicht ohne die Krise, wie eine Krise zu behandeln. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und wünsche von Herzen alles Gute.